

Wirtschaft. Die KPD-führer waren doch ja von vornherein gegen die Gewerkschaftsleitung, die bis in der freien Vereinigung für die Wettbewerbsverpflichtung, die in dieser Linie liegt. Sie schließen sie aus und öffnen ein.

Das Dages des KDGK, die "Gewerkschaftsleitung", vom 17. September nimmt die Notverordnung einen großen Bluff. Die Gewerkschaftsführer würden nicht in den Mindesteinsatzleistungen einmischen, sondern "aussergewöhnlichen Fällen als Maßnahmen einzuschlagen, um das Gewerbe zu schützen." Gibt die Illusion, die das Kapital aus begrenzter Sichtweise zu erneutet sieht, daß eine neue Konjunktur unmittelbar bevorsteht, unterschlägt das KDGK-Dogen. Es hat das mit einem eingeschlossenen Rechenschaftsbericht fest, daß uns jeder Tag zum Arbeitende 24 Stunden seines bringe. Dieses läuft nur noch, doch uns seit 1930 und ihm von viel früher an, jeder Tag zum Arbeitende 24 Stunden näher gestanden hat. Noch aber sind heute noch die kapitalistische Wirtschaftsleute von Tag zu Tag verunsichert.

Noch deutlicher kommt der Wille zur offenen Unterstützung des Kapitalprogramms in einer Veröffentlichung aus dem Büro des KDGK zum Ausklang, die am Dienstag in der "Ostdeutsche Zeitung" veröffentlicht wurde. Dort heißt es:

"Um jede Widerstand zu vermeiden, sei noch einmal ausdrücklich bemerkt, daß ich die Abwehrbewegung nicht gegen den Gesamtplan richte, sondern nur gegen den Teil, der unter den Einbruch in den Tarifvertrag die Vöhne fordert will."

Der KDGK stellt also ausdrücklich fest, daß er gegen den Gesamtplan des Rettungsprogramms der Tiefbauindustrie und den Kosten der Arbeitsbeschaffung nicht einzwingen will. Die Vöhne sind auch nicht prinzipiell gegen den Lohnabbau. Im Gegenteil, er erinnert ausdrücklich daran, daß sie schon immer die Bergbaubewegung ohne Lohnausgleich gefordert haben. Auch ihre offene Zustimmung zu den Lohnabzuerfordernungen der Brüderregierung und ihre tägliche Praxis in den Tarifverträgen zeigt zumindest die freiwillige Vöhrung im Lohnabbau. In der öffentlichen Tiefbauindustrie, beweisen das. Die KDGK-Berger verluden den Kühnlein noch zu ermorden, doch es möglich, die kapitalistischen Händler zu überreden, doch so freudlich zu sein, daß mit den Milliardenversprechen, der 400-Mark-Kompromiß und dem Abbau der Vöhne durch Kurzläufe beginnen und nicht auch noch den Abbau der Tarifverträge durchsetzen.

In den gleichen Weise wie der KDGK und die SPD ihren Krieg in Wort und Schrift gegen das Papenprogramm einstellen, nehmen sie auch bei der weiteren Aufzehrung in den Betrieben offen gegen die Kampfbereitschaft der Belegschaften Einstellung. Während sie in den ersten Streiks gegen den notwendigen Lohnabbau die Arbeiter gewarnt haben, so verbauen die Gewerkschaftsführer heute von vornherein die Belegschaften von politischen Kampfmaßnahmen abzufallen. Um souillieren tritt das in der öffentlichen Tiefbauindustrie in "Gebine" in Dobrik. Doch die Belegschaften richten sich nicht nach der Vereinigung der Berger, sondern treten trotz der Sabotageversuche in den Streik, wie erst gestern wieder die Belegschaft des Tiefbaubetriebes Geb. Goeritz in Chemnitz.

Um ihre offene Unterstützung des Notverordnungs-Lohnabbaus notdürftig zu verschleiern, werden die Berger den alten Trick von der Verstärkung auf die Arbeitsgerichte an. Auch wenn KDGK-Bundesträger wird behauptet, daß die Frage, ob die Gewerkschaften Streikunterstützung zahlen dürfen, von der Arbeitsgerichtsbarkeit entschieden werde. Der Vorwärts steht des KDGK-Bundesträgers Sachsen reist im Lande umher und versucht den Weg zum Arbeitsgericht als "wichtiges Mittel" gegen den Lohnabbau hinzuholen. Die Gewerkschaftsleitung empfiehlt den Arbeitern in jedem Falle zum Arbeitsgericht zu gehen, weil bei der komplizierten Berechnungsweise des Lohnabbaus jedem Unternehmer bestimmt ein Fehler unterlaufen würde. In der Rottendorfer AG in Dresden, bei Kühnlein in Brem, in der "Gebine" und überall verfügen die Bürokraten die Arbeiter mit dem Hinweis auf das Arbeitsgericht zu vertrösten.

Wer behauptet, die Arbeitsgerichte würden die Arbeiter vor dem Lohnabbau schützen, der unterläuft den Lohnabbau, denn das Arbeitsgericht ist Teil des kapitalistischen Staates, des Nachkappates der Bourgeoisie.

Erst in diesen Tagen hat das Reichsgerichtsgericht die Revision eines Urteils gegen den Belegschaftsleiter Teiggräber vom TMB Sachsen ohne jede Begründung verworfen. Damit wird jetzt, nach fast 5 Jahren endgültig entschieden, daß Teiggräber 10.000 Mark Schadenertrag zu zahlen habe, weil er im Januar 1928 den Hüttenarbeiterstreik in Riesa-Großdöbern unterstellt haben soll. Die KDGK-Berger empfehlen also den Arbeitern heute nichts gegen den Lohnabbau zu unternehmen, sondern darauf zu warten, daß vielleicht in 5 Jahren einmal durch das Arbeitsgericht festgestellt wird, daß der heute vorgenommene Lohnabbau "zu Recht" erfolgte.

Nicht nur die Arbeitsgerichte, sondern auch der sozialdemokratische Betrug mit dem Volksdeutschen gegen den sozialpolitischen Teil der Notverordnung soll zur Vertreibung der Arbeiter verhelfen. Die Dresden Volkszeitung verweist auch auf die sozialdemokratischen Anträge an den aufgelösten Reichstag. Vorbehalt der KDGK steht offen den Betrug, der damit getrieben wurde. Ein. Er wirft selbst sein eigenes "Arbeitsbeschaffungsprogramm" über Bord. In dem schon erwähnten Urteil der Gewerkschaftsleitung heißt es:

Die Notverordnung ist erschienen, und der Papenplan ist eine Katastrophe geworden. Alle anderen Pläne zur Wirtschaftsbedeckung sind damit durchkreuzt worden. Denn die Kapitalisierung kann nur einmalig sein. Es wäre also müßig, in dieser Stunde andere Vorschläge zur Arbeitsbeschaffung zu erörtern."

Also, das Papenprogramm ist nun einmal da und deshalb wäre es müßig, über andere Vorschläge zu denen ja auch der "Arbeitsbeschaffungsplan" des KDGK geht, auch nur noch zu diskutieren. So bieten die SPD- und Gewerkschaftsführer der Papenregierung offen ihre Mithilfe zur Durchführung der Lohnabbaunotverordnung an.

Auch die Nazis verbieten ihren Mitgliedern gegen den Lohnabbau zu streiken. So stehen die Freunde des Proletariats von Hitler über Papen bis zu Leipart und Wels geschlossen in der Notverordnungfront.

Auf der anderen Seite befindet sich die KPD und die RGO bei den gewaltsamen Arbeitermassen und organisiert den Widerstand gegen die völlige Verreibung, gegen jeden Pfennig Lohnabbaus.

Die KPD und RGO sind die einzigen Arbeiter, die gegen das Papenprogramm und gegen die Bourgeoisie der Bourgeoisie den Kampf an den proletarischen Klassengang aus der Reihe führen. Die Arbeitermassen werden sich deshalb sicher um ihre Kampforganisationen machen!

Rote-Fahne-Berbot abgekürzt

Ein Erfolg des Massenprotests

Das Reichsgericht hat auf Grund der eingereichten Beweise das Berbot der Roten Fahne, das Zentralorgan der RGO um 6 Tage abgekürzt. Die Zeitung erscheint ab Sonntag wieder. Die Reichsgerichte gegen das Berbot selbst wurde zum Reichsgericht vermerkt.

Die Abfassung des Rote-Fahne-Berbotes ist zweifellos ein Erfolg der Massenbewegung gegen das Berbot des Kampforgans der Arbeiterschaft. Der Erfolg der Massenaktion für die Rote Fahne zeigt alle Arbeiter und Werktätigen jetzt erkrecht anzuzeigen, den Kampf für die proletarische Pressefreiheit mit aller Kraft zu führen. Auch sind zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften des revolutionären Proletariats verboten. Kampft mit aller Kraft, damit auch diese Verbote in kürzerer Zeit fallen.

Kazi-Papen-Ruhhandel vor dem Untersuchungsausschuß

"Zur der Kommunist Torgler baut mit Kreulen darüber".

Berlin, 28. September. (Eig. Druckbericht.)

Der Untersuchungsausschuß des Reichstages vernahm gestern den Reichsangestellten von Papen. Erwähnenswert ist die Aussage Papens, daß zwischen ihm und Göring eine vorherige Unterredung stattgefunden hat, in der Göring den zubigen Verlauf der Reichstagsfassung zustimmte. Befragt, worum der Kanzler nicht während der Sitzungspause seine Wortmeldung eingebracht habe, erklärte Papen:

"Was dem einfachen Gründe, weil ich annahm, daß der Kanzler abgezockt würde. Der Reichstagspräsident hatte mir zwei Tage vor der Sitzung gesagt, er würde dafür sorgen, daß die Regierungserklärung vom Hans entgegengenommen würde. Ich hatte keinen Zweifel, daß alles programmäßig verlaufen würde und war leicht völlig überzeugt."

Immer wieder betonte der Reichsangestellte, daß die Regierung gehofft habe, eine gemeinsame Basis zwischen Reichstag und Regierung zustande zu bringen, was ihr allerdings durch die kommunistische Offensive nicht gelang.

Als Genosse Torgler fragte, ob bei dieser Unterredung auch abgemacht wurde, daß in bestimmten Fällen durch die Nazis eine halbtägliche Pause beantragt werden soll, um der Regierung die Möglichkeit zu geben, das Auflösungsgesetz herbeizuschaffen, blieb Papen die Antwort schuldig. Der kommunistische Antrag, festzuhalten, daß die Abstimmungen des Reichstages "Militärausstoss" gegen Papen und Buldeburg der Notverordnungen rechtswidrig sind, wurde von sämtlichen anderen Parteien abgelehnt.

Die Pelpinger Neuesten Nachrichten erläutern zur Sitzung des Untersuchungsausschusses:

"Man sieht Horst und nur der Kommunist Torgler hat zweimal mit Kreulen drei, ohne das Ohr des Auskuchtes zu finden.

Wichtig erscheint eine Erklärung des Kanzlers, daß er noch bis zum letzten Moment vor der Nullierung die Hoffnung gehabt habe, einen modus vivendi zwischen Reichstag und Reichsregierung zu finden. Die Nullierungsurkunde war nur "als Säule" bestellt."

Es wird also auch hier noch einmal festgestellt, daß nur die Kommunisten die beiderseitige Absicht der bürgerlich-sozialdemokratischen Mehrheit des Reichstages und der Regierung durch ihre Offensive durchkreuzen und damit den geplanten parlamentarischen Ruhhandel unmöglich machen. Und jetzt wird im Untersuchungsausschuß Komodie gespielt, Spiegelrechtelei betrieben und wieder ist es nur die Kommunisten, die mit der Kreule

doren Urielle. Dieser Antrag wurde angenommen. Das weitere wurde noch an Schlaf die Sitzung der Sitzung der Sitzung der Nationalsozialisten und des Zentrums ein kommunistischer Sitzung auf Eröffnung der unter dem 18. 8. vereinbarten Eröffnung des Sitzungspausen von 8 auf 8 Mark pro Doppelkupplung und des Sitzung für Superphosphat abgeschlossen. Der Kanzler wurde daraufhin auf unbekannte Zeit verzögert.

SPD-Rüstler „hat nicht das Vertrauen der Massen“

Berliner SPD-Arbeiter verlangen Streichung ihres Bezirksvorstandes von der Kandidatenliste.

In der letzten Versammlung der 57. Abteilung der R.S.D. am 21. September spielte sich ein Vorhang zu, der hell die Gegenläufigkeit innerhalb der SPD beleuchtet. Als einem Referat von Löwenstein wurde zwei Anträge gegen Berliner Bezirksvorstandes der SPD, Franz Küntzel, erledigt und mit großer Mehrheit angenommen.

Der erste Antrag fordert, daß Franz Küntzel als Spitzenkandidat der Berliner Reichstagsliste der SPD verschwindet. Es wurde beschlossen und an seine Stelle Löwenstein vorgezogen. Im zweiten Antrag wird gefordert, daß Küntzel überhaupt nicht mehr kandidieren soll, "weil er nicht mehr zu Vertrauen der Massen befähigt". Auch dieser Antrag wurde zu überzeugender Mehrheit angenommen.

Ein schwächeres Misstrauen kann man wohl seinem eigenen Verteidiger nicht aussprechen, als es hier von SPD-Arbeitern geschieht. Über ist dieses Misstrauen an die Person Küntzels gestellt? Die so genannten "Linken" vom Schlag Löwenstein möchten das den Arbeitern gern erzählen. Daß Misstrauen der Massen richtet sich gegen Küntzel, weil er der machende Partei der SPD-Politik, der Kapitulation vom 20. Juli, des Zusammenbruchs der SPD-Illusionen, des neuen Sozialstaates schwindels u. s. w. ist.

Das Misstrauen richtet sich gegen die SPD-Politik. Gedenkt die sich, wenn an Stelle Küntzels ein Löwenstein ist? Niemals! Die SPD steht auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie, der Koalition mit bürgerlichen Parteien. Die SPD ist, wie Ebert einmal sagte, "die Revolution wie die Todtlande".

SPD-Arbeiter, nicht mit der SPD, die von immer größeren Mäzen mit Misstrauen betrachtet und als arbeiterfeindlich gesehen wird, sondern ist Papen und Hitler besiegen, kommt ihr der Sozialismus kämpfen. Schließt mit uns die Reiden zu Einheitsfrontaktion!

Verbotsdrohung nach kommunistischem Wahlsieg

Wahlsieg

Wie haben im gestrigen Auslandsteil unserer Zeitung von den Städtewahlen in Sofia berichtet, aus denen die kommunistische Partei als starke Partei hervorgegangen ist und zur 35. Mandanten 21 errang. Schon gestern meldete die bürgerliche Presse, daß diese Wahlen schon teilweise innenpolitische Konsequenzen haben werden, daß die bulgarische Bourgeoisie, deren Interessen noch von einem monarchistischen Staat vertraten werden, die Verwaltung der Hauptstadt nicht den Kommunisten überlassen wird. Deshalb mußte vor der Wahlstellung der kommunistischen Arbeiterpartei gerechnet werden.

Heute wird bereits über Wien gemeldet, daß die Wahl ungünstig erklärt, das Parlament also nach deutschem Vorbild wieder aufgelöst werden soll. Unabhängig die Tatsache aber bleibt, daß die Kommunisten in der bulgarischen Hauptstadt jetzt die bürgerliche Bourgeoisie, deren Interessen noch von einem monarchistischen Staat vertraten werden, die Verwaltung der Hauptstadt nicht den Kommunisten überlassen wird. Deshalb mußte vor der Wahlstellung der kommunistischen Arbeiterpartei gerechnet werden.

Heute wird bereits über Wien gemeldet, daß die Wahl ist ungünstig erklärt, das Parlament also nach deutschem Vorbild wieder aufgelöst werden soll. Unabhängig die Tatsache aber bleibt, daß die Kommunisten in der bulgarischen Hauptstadt jetzt die bürgerliche Bourgeoisie, deren Interessen noch von einem monarchistischen Staat vertraten werden, die Verwaltung der Hauptstadt nicht den Kommunisten überlassen wird. Deshalb mußte vor der Wahlstellung der kommunistischen Arbeiterpartei gerechnet werden.

Zu Griechenland fanden am Sonntag die Kammerwahlen statt. Genaue Ergebnisse liegen noch nicht vor. Sicher scheint nur bekannt, daß die monarchistisch-fascistische Volkspartei Galatas ihren bereits vorher auskündigen triumphalistischen Wahlausgang nicht erreichen hat. Sie bleibt hinter der liberale Partei Venizelos, die die zweitstärkste Fraktion juriert. Die Kommunisten scheinen die drittstärkste Fraktion geworden zu sein. Die bisherigen Meißungen sind offiziell noch verstreut erhalten. Über sie treten alle von einem kommunistischen Wahlsieg.

Erfolg bei griechischen Kammerwahlen

Aus Athen wird gemeldet:

In Griechenland fanden am Sonntag die Kammerwahlen statt. Genaue Ergebnisse liegen noch nicht vor. Sicher scheint nur bekannt, daß die monarchistisch-fascistische Volkspartei Galatas ihren bereits vorher auskündigen triumphalistischen Wahlausgang nicht erreichen hat. Sie bleibt hinter der liberale Partei Venizelos, die die zweitstärkste Fraktion juriert. Die Kommunisten scheinen die drittstärkste Fraktion geworden zu sein. Die bisherigen Meißungen sind offiziell noch verstreut erhalten. Über sie treten alle von einem kommunistischen Wahlsieg.

Hitlerpresse unter kapitalistischem Diktat

Hitler schaltet Gregor Strasser aus

Im Wölflichen Verbaute vom 26. September veröffentlichte Hitler einen Tagesbericht, daß er die Leitung der Presseabteilung der NSDAP sich übernommen habe. Sicher war die Presseabteilung dem Organisationsleiter III, nämlich Gregor Strasser, unterstellt.

Dieser Vorgang bestätigt erneut die Differenzen zwischen Hitler und Strasser. Darüber hinaus zeigt die Ausstattung der NSDAP, daß die millionenreiche Geldgeber Hitlers jetzt feinerlei soziale Phrasen in der Propaganda mehr dulden wollen. Jetzt ist die sozialpolitische Demagogie der Nazis gefährlich, weil die Massen sie ernst nehmen können und wirklich zum Kampf gegen die Ausbeuter antreten.

Auf Befehl der Kapitalisten wird Strasser ausgeschaltet, natürlich nicht, weil Strasser den Kapitalisten gefährlich, sondern weil seine soziale Demagogie nicht einmal mehr als Konzeption an die antikapitalistische Massenstimme geduldet wird. Auf Hitler verlassen sich die Kapitalisten restlos. Er wird ihnen dafür sorgen, daß die Nazipresse nur das bringt, was den Thron und Co. angenehm in den Ohren Klingt. Die Millionençlubisse der Zeitungen für die Wahlpropaganda müssen doch gestoppt werden...

Goebbels von Hitler gerüffelt

Der Berliner Propagandaleiter Goebbels veröffentlichte vor einigen Tagen einen Aufsatz, der sich ausgesprochen gegen die "bürgerlich-nationale", d. h. gegen die Hugenbergszeitung wandte. Jeder Nazimann wurde verboten, ein Hugenbergsblatt zu kaufen oder zu abonnieren. Der Angriff soll jetzt in zwei Ausgaben erscheinen, mittags und abends. Die Spätausgabe ist der "Richtungsangriff", von dem Berliner Arbeitern bereits "Richtungswahl"

gekauft.

Bei der Hugenbergszeitung ist ein Teilstück von 30 Arbeitern ausgetragen.

Bei der Hugenbergszeitung wurde ein Doppelseitiges Titelblatt durch einen halbständigen Streik abgezogen.

Der Reichsangestellte von Papen hat durch WLB eine Antwort auf die Rede Herrichts veröffentlicht. Papen antwortet in der Form außerordentlich zurückhaltend und Papen betont besonders, daß die deutsche Regierung zu weiteren Verhandlungen bereit ist.